

Wie Großbritannien und die UN dem Terrorismus nachgaben

Die Gründung Israels als souveräner Staat und seine Aufnahme als Mitglied der Vereinten Nationen im Jahr 1949 markierten einen Wendepunkt in der Geschichte des 20. Jahrhunderts, angetrieben durch eine volatile Mischung aus Diplomatie, Geopolitik und Gewalt. Im Zentrum dieses Prozesses standen die Aktionen zionistischer extremistischer Gruppen, insbesondere der Irgun und Lehi, deren Akte extremer Gewalt – nach heutigen Standards als Terrorismus klassifiziert – eine entscheidende Rolle dabei spielten, Großbritannien zum Verzicht auf sein Mandat für Palästina zu zwingen und die UN zur Anerkennung Israels zu drängen.

Dieser Artikel argumentiert, dass Großbritannien und die UN, überfordert durch diese gewaltsamen Kampagnen, dem zionistischen Terrorismus effektiv nachgaben und Israels Staatlichkeit akzeptierten, obwohl es die UN-Bedingungen, einschließlich des Teilungsplans, der Rechte von Flüchtlingen und der Menschenrechtsverpflichtungen, nur teilweise erfüllte. Der Artikel untersucht das Engagement des britischen Mandats zum Schutz der Rechte der Palästinenser, die Taktiken der zionistischen Gruppen zur Beendigung der britischen Herrschaft, die Bedingungen für die Anerkennung Israels durch die UN und die anschließende Nichteinhaltung und Menschenrechtsverletzungen, die mit Israels territorialer Expansion einhergingen.

Das britische Mandat und seine Verpflichtungen gegenüber den Palästinensern

Das britische Mandat für Palästina, das 1922 vom Völkerbund offiziell eingeführt wurde, war ein rechtlicher Rahmen, der mit der Verwaltung des ehemaligen osmanischen Gebiets betraut war, während es auf die Selbstverwaltung vorbereitet wurde. Es integrierte die Balfour-Deklaration von 1917, die Großbritannien verpflichtete, „die Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina“ zu fördern, während sichergestellt wurde, dass „nichts getan werden darf, was die bürgerlichen und religiösen Rechte der bestehenden nicht-jüdischen Gemeinschaften beeinträchtigen könnte“. Mit einer Bevölkerung Palästinas, die in den frühen 1920er Jahren etwa 90 % Araber (Muslime und Christen) und 10 % Juden umfasste, war der Schutz der Rechte der Palästinenser eine zentrale Verpflichtung.

Die wichtigsten Bestimmungen des Mandats für die Palästinenser umfassten den Schutz ihrer bürgerlichen und religiösen Rechte, die Sicherstellung, dass die jüdische Einwanderung ihre Position nicht beeinträchtigte, die Achtung ihrer religiösen Institutionen und die Gewährleistung von Gewissensfreiheit, Gottesdienst und Bildung ohne Diskriminierung. Großbritannien war verpflichtet, jährlich Bericht an den Völkerbund zu erstatten, um Rechenschaft zu gewährleisten. Die dualen Ziele des Mandats – die Unterstützung einer jüdi-

schen nationalen Heimstätte bei gleichzeitiger Wahrung der Rechte der Palästinenser – erwiesen sich jedoch als unvereinbar. Die jüdische Einwanderung stieg von 60.000 im Jahr 1917 auf 600.000 im Jahr 1947, und Landkäufe nährten die Ängste der Araber vor Verdrängung. Britische Versuche, eine gemeinsame Regierung zu schaffen, wie etwa einen gesetzgebenden Rat, scheiterten an arabischen Boykotten und jüdischen Sorgen über den Minderheitenstatus, was die Spannungen verschärfte.

Zionistische extremistische Gewalt: Eine Terrorkampagne

Zionistische Organisationen, die vom Ziel eines jüdischen Staates angetrieben wurden, wurden in den 1940er Jahren militant, insbesondere nach dem Weißbuch von 1939, das die jüdische Einwanderung auf 75.000 über fünf Jahre begrenzte und einen einheitlichen palästinensischen Staat in Aussicht stellte. Die Irgun unter der Führung von Menachem Begin und Lehi, bekannt als die Stern-Bande, griffen zu extremer Gewalt, um die britische Herrschaft unhaltbar zu machen, indem sie militärische, zivile und diplomatische Ziele in Akten angriffen, die den modernen Definitionen von Terrorismus entsprechen. Ihr Ziel war ein „Großisrael“, das das gesamte Mandatsgebiet Palästina einschließlich des Westjordanlands und Transjordanien umfasste, und sie lehnten Kompromisse wie den UN-Teilungsplan ab.

Wichtige Gewaltakte

1. Militärische Ziele:

- Im Februar 1946 zerstörten Irgun und Lehi 15 Flugzeuge und beschädigten acht weitere auf britischen Flugfeldern, was die militärische Kontrolle schwächte.
- Im Juli 1947 entführten und erhängten die Irgun die britischen Sergeants Clifford Martin und Mervyn Paice als Vergeltung für hingerichtete Mitglieder, was die britische Öffentlichkeit schockierte und die Brutalität des Konflikts hervorhob.

2. Zivile Infrastruktur:

- Im Juni 1946 zerstörten die Haganah, Irgun und Lehi neun von elf Brücken, die Palästina mit den Nachbarländern verbanden, isolierten die Region und störten die britische Logistik.
- Im Juli 1946 sprengte die Irgun das King David Hotel in Jerusalem, das britische Verwaltungszentrum, in die Luft, wobei 91 Menschen getötet wurden (41 Araber, 28 Briten, 17 Juden), was die Regierungsfähigkeit erheblich untergrub.

3. Angriffe auf Zivilisten:

- Die Irgun sprengte arabische Märkte in Haifa und Jerusalem in die Luft, tötete Dutzende und verschärfte die kommunalen Spannungen, wodurch weit verbreitete Angst entstand.
- Im April 1948 massakrierten Irgun und Lehi über 100 palästinensische Dorfbewohner, darunter Frauen und Kinder, in Deir Yassin, was eine massenhafte Flucht der Palästinenser auslöste und die Flüchtlingskrise verschärfte.

4. Angriffe auf britische Einrichtungen im Ausland:

- Im Oktober 1946 sprengte die Irgun die britische Botschaft in Rom mit 40 Kilo TNT, verletzte zwei Personen und beschädigte das Gebäude, wobei Ze'ev Epstein, ein Mitarbeiter Begins, unter den Operativen war.
- Im August 1947 detonierte die Irgun Kofferbomben im britischen Hauptquartier im Hotel Sacher in Wien, verursachte leichte Schäden, verstärkte jedoch den propagandistischen Effekt.

5. Ermordungen hochrangiger Beamter:

- Im November 1944 ermordete Lehi Lord Moyne, den britischen Minister für den Nahen Osten, in Kairo, was ein Zeichen des Widerstands gegen die britische Autorität war.
- Im September 1948 tötete Lehi den UN-Vermittler Folke Bernadotte in Jerusalem, weil er sich gegen seinen überarbeiteten Teilungsplan aussprach, der das jüdische Territorium reduzierte und die Rückkehr von Flüchtlingen betonte.

Zusätzliche Taktiken

- **Illegale Einwanderung (Aliyah Bet):** Die Jewish Agency organisierte mit Unterstützung von Irgun und Lehi illegale Einwanderung und brachte Zehntausende jüdischer Flüchtlinge nach Palästina. Der Vorfall mit der SS Exodus im Juli 1947, bei dem Großbritannien 4.515 Flüchtlinge zwangsweise nach Europa zurückschickte, wurde zu einem Propagandasieg, der Großbritanniens Ruf schädigte.
- **Propagandakampagne:** Zionistische Gruppen stellten die britische Politik als antisemitisch dar, nutzten die Sympathie für den Holocaust, insbesondere in den USA, um die anglo-amerikanischen Beziehungen zu belasten.
- **Finanzielle Unterstützung:** Der United Jewish Appeal sammelte 1947 150 Millionen Dollar, die Hälfte für Palästina, um Widerstandsbemühungen zu finanzieren.

Diese Aktionen schufen ein unregierbares Umfeld mit wirtschaftlichen Schäden, die auf 2 Millionen Pfund geschätzt wurden, und Hunderten britischer Opfer, was ein kriegsgeplagtes Großbritannien überforderte.

Britischer Verzicht: Nachgeben gegenüber dem Terrorismus

Die Entscheidung Großbritanniens, das Mandat aufzugeben, die im Februar 1947 angekündigt und am 14. Mai 1948 abgeschlossen wurde, wurde durch den unerbittlichen Druck zionistischer Gewalt und breitere Einschränkungen getrieben. Nach dem Zweiten Weltkrieg stand Großbritannien vor einer Schuldenlast von 3 Milliarden Pfund und war auf amerikanische Kredite angewiesen. Die Aufrechterhaltung von 100.000 Soldaten in Palästina, die jährlich Millionen kostete, war angesichts der inländischen Wiederaufbauanforderungen unhaltbar. Die britische öffentliche Meinung, erschöpft von Krieg und Verlusten, wandte sich gegen das Mandat, und die Medien stellten Palästina als Sumpf dar. Der Druck der USA, 100.000 jüdische Flüchtlinge aufzunehmen, und die sowjetische Unterstützung für die Teilung untergruben die britische Position weiter.

Die Gewalt durch Irgun und Lehi, insbesondere prominente Vorfälle wie die Bombardierung des King David Hotels und die Affäre mit den Sergeants, demoralisierte die britischen Streitkräfte und untergrub den politischen Willen. Diese terroristischen Akte, die Chaos und Angst erzeugten, trugen direkt zur Unfähigkeit Großbritanniens bei, zu regieren. Indem es die Angelegenheit an die UN verwies, gab Großbritannien zu, dass es weder die Gewalt bewältigen noch die widersprüchlichen Verpflichtungen des Mandats in Einklang bringen konnte, und gab effektiv dem zionistischen Extremismus nach, während es seiner Pflicht zum Schutz der Rechte der Palästinenser nicht nachkam.

UN-Anerkennung und Mitgliedschaft: Bedingungen und Kapitulation

Die UN, als Nachfolgerin des Völkerbundes, übernahm 1947 die Palästina-Frage. Ihre Antwort prägte die Staatlichkeit und Mitgliedschaft Israels, war jedoch stark von dem gewaltsamen Kontext beeinflusst, den zionistische Gruppen geschaffen hatten.

UN-Teilungsplan und israelische Staatlichkeit

Im November 1947 verabschiedete die UN-Generalversammlung die Resolution 181, die vorschlug, Palästina in einen jüdischen (56 %) und einen arabischen (43 %) Staat zu teilen, mit Jerusalem als internationalisiertem Gebiet. Die Jewish Agency akzeptierte den Plan, da sie ihn als Weg zur Staatlichkeit betrachtete, während arabische Führer ihn ablehnten und sich gegen jeden jüdischen Staat aussprachen. Am 14. Mai 1948, als das Mandat endete, erklärte Israel seine Unabhängigkeit unter Berufung auf die Resolution 181. Der darauffolgende arabisch-israelische Krieg erweiterte das Territorium Israels bis zu den Waffenstillstandsvereinbarungen von 1949 auf 78 % des Mandatsgebiets Palästina, was die Zuweisung der UN überstieg.

Bedingungen für die UN-Mitgliedschaft

Israel erreichte die UN-Mitgliedschaft am 11. Mai 1949 durch die Resolution 273 (III) mit 37 Stimmen dafür, 12 dagegen (hauptsächlich arabische Staaten) und 9 Enthaltungen. Die Aufnahme war an folgende Bedingungen geknüpft:

- **Einhaltung der UN-Charta:** Israel verpflichtete sich, die Prinzipien der Charta einzuhalten, einschließlich der friedlichen Streitbeilegung und der Achtung der Menschenrechte.
- **Resolution 181 (Teilungsplan):** Die Erklärung Israels und die Erklärungen der UN bestätigten die Annahme des Teilungsplans, obwohl seine erweiterten Grenzen als kriegsbedingte Realität stillschweigend akzeptiert wurden.
- **Resolution 194 (Flüchtlingsrechte):** Artikel 11 forderte die Rückkehr oder Entschädigung palästinensischer Flüchtlinge. Israel zeigte Verhandlungsbereitschaft, widersetzte sich jedoch groß angelegten Rückführungen mit Verweis auf Sicherheits- und demografische Bedenken.
- **Menschenrechtsverpflichtungen:** Es wurde erwartet, dass Israel sich an die aufkommenden Menschenrechtsnormen hält, einschließlich Nichtdiskriminierung und

Minderheitenrechten.

Die Entscheidung der UN wurde geprägt durch:

- **Zionistische Gewalt:** Die Ermordung des UN-Vermittlers Folke Bernadotte durch Lehi im Jahr 1948, der sich gegen seinen überarbeiteten Teilungsplan aussprach, unterstrich die Ablehnung von Kompromissen durch Radikale. Obwohl die israelische Regierung die Tat verurteilte, verdeutlichte dies den volatilen Kontext.
- **Geopolitische Unterstützung:** Die USA und die Sowjetunion unterstützten die Aufnahme Israels, um den Einfluss des jeweils anderen zu kontern und humanitäre Bedenken nach dem Holocaust anzugehen.
- **Pragmatismus:** Die UN erkannte Israels de-facto-Kontrolle über erweitertes Territorium an und priorisierte Stabilität gegenüber der strikten Durchsetzung der Grenzen der Resolution 181.

Durch die Aufnahme Israels gab die UN der Realität nach, die durch zionistischen Terrorismus geschaffen wurde, der Großbritanniens Rückzug erzwang und durch militärische Erfolge ein *fait accompli* schuf. Die Bedingungen, obwohl von Israel formell akzeptiert, wurden lasch durchgesetzt, was Israel ermöglichte, die volle Einhaltung zu umgehen.

Israels Nichteinhaltung und Menschenrechtsverletzungen

Israels UN-Mitgliedschaft basierte auf Verpflichtungen zu UN-Resolutionen und Menschenrechten, doch seine Handlungen zeigten erhebliche Nichteinhaltung, begleitet von territorialer Expansion und Menschenrechtsverletzungen.

Nichteinhaltung der UN-Bedingungen

1. Resolution 181 (Teilungsplan):

- Die Grenzen Israels im Jahr 1949 umfassten 78 % des Mandatsgebiets Palästina, weit mehr als die 56 %, die durch die Resolution 181 zugeteilt wurden. Gebiete wie Westgaliläa und Teile der Negev wurden durch Eroberung einverleibt, ohne dass ein arabischer Staat gegründet wurde.
- Dieses Versagen, den Teilungsplan vollständig umzusetzen, nährte arabische Beschwerden und untergrub den Rahmen der UN.

2. Resolution 194 (Flüchtlingsrechte):

- Israel blockierte die Rückkehr von etwa 700.000 palästinensischen Flüchtlingen, die 1948 vertrieben wurden, trotz des Aufrufs der Resolution 194 zur Rückführung oder Entschädigung. Das Gesetz über das Eigentum Abwesender von 1950 übertrug Flüchtlingsland in jüdisches Eigentum, wobei demografische Kontrolle Priorität hatte.
- Die Flüchtlingskrise wurde zu einem Eckpfeiler des arabisch-israelischen Konflikts, wobei Millionen in Lagern in Jordanien, Libanon und Syrien staatenlos blieben.

3. UN-Charta und Menschenrechte:

- Israels Militärherrschaft über seine arabische Minderheit (1948–1966) schränkte bürgerliche Freiheiten ein, einschließlich Bewegungsfreiheit und politischem Ausdruck, und verstieß gegen Nichtdiskriminierungsprinzipien. Diskriminierende Landgesetze und ungleiche Ressourcenverteilung marginalisierten palästinensische Bürger.
- Diese Praktiken verankerten systemische Ungleichheiten, die den Menschenrechtsverpflichtungen der UN-Charta widersprachen.

Territoriale Expansion

Israels Ambitionen gingen über die Waffenstillstandslinien von 1949 hinaus:

- 1956 besetzte Israel die Sinai-Halbinsel während der Suez-Krise, zog sich unter UN-Druck zurück, signalisierte jedoch expansionistische Tendenzen.
- Im Sechstagekrieg 1967 eroberte Israel das Westjordanland, den Gazastreifen, Ostjerusalem und die Golanhöhen und besetzte die verbleibenden 22 % des Mandatsgebiets Palästina. Die Annexion Ostjerusalems und die Erweiterung der Siedlungen verstießen gegen das Völkerrecht, einschließlich des Verbots der Vierten Genfer Konvention, Siedler in besetzte Gebiete zu verlegen.
- Bis 2025 leben über 700.000 israelische Siedler im Westjordanland und Ostjerusalem, unterstützt durch staatliche Politik, die die Besatzung festigt und Palästinenser verdrängt.

Menschenrechtsverletzungen

Israels Handlungen in den besetzten Gebieten stellen dokumentierte Menschenrechtsverletzungen dar:

- **Vertreibung und Hauszerstörungen:** Tausende palästinensischer Häuser wurden für die Erweiterung von Siedlungen oder aus Strafgründen zerstört, was die Rechte auf Wohnraum und Eigentum verletzt.
- **Bewegungseinschränkungen:** Kontrollpunkte, die Mauer im Westjordanland und die Gaza-Blockade beschränken die Mobilität der Palästinenser, beeinträchtigen den Zugang zu Arbeit, Gesundheitsversorgung und Bildung und verstoßen gegen die Bewegungsfreiheit.
- **Übermäßiger Gewalteinsatz und Inhaftierung:** Militäroperationen und Verwaltungshaft, oft ohne Gerichtsverfahren, führten zu zivilen Todesfällen und willkürlichen Inhaftierungen, was das Recht auf ein faires Verfahren und das Recht auf Leben verletzt.
- **Systemische Diskriminierung:** Berichte beschreiben Israels Politik als Apartheid, unter Berufung auf Segregation, ungleiche Rechte und systematische Diskriminierung gegen Palästinenser in Israel und den besetzten Gebieten.

Diese Verletzungen, getrieben von Israels Priorisierung territorialer Kontrolle und jüdischer demografischer Dominanz, stehen in starkem Kontrast zu den UN-Bedingungen für seine Mitgliedschaft, insbesondere den Verpflichtungen zu Menschenrechten und Flüchtlingen.

Schlussfolgerung

Zionistische extremistische Gruppen wie Irgun und Lehi zwangen Großbritannien durch terroristische Akte – Angriffe auf militärische Flugfelder, zivile Infrastruktur, arabische Bevölkerungen, britische Einrichtungen im Ausland und die Ermordung von Beamten wie Moyne und Bernadotte – dazu, das Mandat für Palästina aufzugeben. Diese Aktionen, die Großbritanniens Nachkriegsschwächen ausnutzten, machten die Regierungsführung unhaltbar und führten zur Einbindung der UN. Die UN schlug den Teilungsplan von 1947 vor und nahm Israel 1949 als Mitglied auf, unter der Bedingung, die UN-Charta, Menschenrechte, die Resolution 181 und die Rechte der Flüchtlinge einzuhalten. Indem Großbritannien und die UN Israels Staatlichkeit trotz seiner erweiterten Grenzen und begrenzten Einhaltung akzeptierten, gaben sie der Realität nach, die durch zionistischen Terrorismus geschaffen wurde. Israels anschließende Nichteinhaltung – die Beibehaltung von Territorien jenseits des Teilungsplans, die Verhinderung der Rückkehr von Flüchtlingen und die Begehung von Menschenrechtsverletzungen durch Besatzung und Siedlungen – untergrub seine UN-Verpflichtungen, perpetuierte den Palästinakonflikt und ließ die Rechte der Palästinenser unerfüllt.